

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

„Die Deutsche Einheit aus europäischer Perspektive“

„WASSERWERK-GESPRÄCH“ MIT ADOLF MUSCHG:
„EUROPA – DIE SCHWERE GEBURT“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind heute anlässlich des 3. Oktobers – des Tags der Deutschen Einheit – hier zusammengekommen. Vorgestern erst ist an diesem Ort der Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung verliehen worden. Der Bonner General-Anzeiger hat den ersten Preis erhalten – unser Bundestagspräsident hat die Laudatio gehalten. Sie sehen also: Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist im Rheinland präsent und das wird auch so bleiben.

Dies ist unser „Wasserwerk-Gespräch“, und da Herr Professor Adolf Muschg hier ist, kann ich sagen: Es ist ein ganz besonderes Wasserwerk-Gespräch. Für mich ist es eine große Ehre und Freude, lieber Herr Muschg, dass wir hier heute gemeinsam einen Beitrag leisten dürfen!

Vor Kurzem erst, Ende August, waren wir hier zu einem Wasserwerk-Gespräch, bei dem wir Helmut Kohl in einer sehr beeindruckenden Veranstaltung – ähnlich wie auch vor wenigen Tagen in Berlin im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums – geehrt haben.

Helmut Kohl – wir sollten uns dessen heute erinnern – hat wie keine andere Persönlichkeit Verdienst an der Einheit unseres Vaterlandes. Deutschland kann stolz darauf sein, Europa kann stolz darauf sein. Und wir können mit großer Freude sagen, dass wir stolz darauf sind, dass in der historischen Phase 1989/90 Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war.

Wir Menschen sind ja so veranlagt, dass wir schnell Dinge vergessen. Man muss sich noch einmal vorstellen, wie verfassungsrechtlich die Einheit Deutschlands zu Wege gebracht wurde. Es gab die Möglichkeit des Artikels 23 Grundgesetz, das heißt des Beitritts der neuen Länder zum Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland.

Alternativ gab es den Weg über Artikel 146 Grundgesetz. Ich bin davon überzeugt: Hätte man den Weg über Artikel 146 Grundgesetz gewählt, würden wir wahrscheinlich heute noch gründlich über die Verfassung diskutieren und die Einheit Deutschlands wäre uns unter den Händen zerronnen.

Deswegen war es richtig den „Königsweg“ – wie Helmut Kohl ihn nannte – des Artikels 23 Grundgesetz zu wählen, um so die Einheit Deutschlands zu vollenden. Hätte man Artikel 146 Grundgesetz gewählt, hätten wir die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO neu verhandeln müssen.

Aber mit dem Artikel 23 Grundgesetz wurde erreicht, dass mit dem 3. Oktober 1990 um Mitternacht das geeinte Deutschland Mitglied der damaligen Europäischen Gemeinschaft und Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses wurde. So war nicht eine einzige Sekunde der Weg Deutschlands zweifelhaft und Deutschland konnte weiter mitwirken an der Einigung unseres europäischen Kontinents.

Diese Wahl getroffen zu haben, war höchste staatsmännische Leistung und wir sollten das nie vergessen. Es ist aber gleichzeitig

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP

VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

auch eine Verpflichtung für uns, in der Gegenwart diesen Weg der Einigung Europas mit Augenmaß, mit Demut, aber auch mit Leidenschaft und Entschlossenheit weiterzugehen.

Wir müssen an einem Tag wie heute den Menschen in der ehemaligen DDR aufrichtig danken, dass sie diesen friedlichen Weg der Einheit gegangen sind. Das Entscheidende war der Freiheitswille der Menschen. Dies sollten wir niemals vergessen! Wir sollten uns heute mit Hochachtung an all diejenigen erinnern, die damals im östlichen Teil Deutschlands den Weg der Freiheit, der Demokratie und des Rechts gegangen sind.

Ich werde es nie vergessen: Ich war 1990 im Volkskammerwahlkampf – die Wahl war am 18. März – im Kreis Zeitz unterwegs. Im Straßenwahlkampf unterhielt ich mich mit einer älteren Dame, die mir sagte: „Die Kommunisten haben mir mein Leben genommen.“ Und dann weinte sie und ging weg.

Das war die Realität. Der Kommunismus, ebenso wie der Nationalsozialismus, hat sich an den Menschen versündigt. 1989/90 war es ein ebenso großer historischer Wandel wie 1945 – ein Wandel zu unseren Idealen, Überzeugungen und Werten, zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen.

Es bleibt mir unvergesslich, als ich in einer großen Veranstaltung meine Rede mit den Worten „Liebe Landsleute“ begann – und sofort ein rauschender Beifall aufkam, wie ihn ein Europa-Abgeordneter normalerweise so nicht gewöhnt ist. Ich fügte dann hinzu: „Wir sind ein Volk“ – und erneut setzte rauschender Beifall ein. Ich hoffe, dass wir diese Emotionalität, die wir damals erlebt haben, niemals in unserem Leben vergessen werden.

Aber es ist auch anderes wichtig. Natürlich war es ein nationales Ereignis, allerdings wurde dieses nationale Ereignis nur möglich, weil andere Europäer mit uns den Weg gegangen sind. Den Weg der gleichen Werte: der Würde des Menschen, der Menschenrechte, der Freiheit, des Friedens, der

Rechtsordnung und der Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität.

Wir sollten uns deshalb für alle Zukunft – und dies ist ein historischer Auftrag – daran erinnern, dass die Einheit Deutschlands nur in einem europäischen Rahmen möglich wurde; dass es in Polen Solidarność mit Lech Wałęsa gab, die sich in den 80er Jahren friedlich für den Wandel in Polen eingesetzt haben; dass es im wahrsten Sinne des Wortes ein Geschenk des Himmels war, dass wir mit Karol Wojtyła einen Papst hatten, Johannes Paul II., der seinen polnischen Landsleuten zugerufen hat: „Habt keine Angst! Verändert die Welt! Verändert diese Welt!“ Das hat den Menschen den Mut gegeben, für ihre Freiheit, für ihre Menschenwürde auf die Straße zu gehen.

Es hat zur Einheit Deutschlands geführt und am 1. Mai 2004 auch dazu, dass Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien als Teil des früheren kommunistischen Jugoslawien und drei Republiken, die von der Sowjetunion okkupiert waren, nämlich Estland, Lettland und Litauen, Mitglied der Wertegemeinschaft der Europäischen Union wurden.

Bei allen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, gilt: Das Wichtigste ist, niemals zu vergessen, dass die Europäerinnen und Europäer in der Europäischen Union, also 500 Millionen Menschen in 27 Staaten, verbunden sind durch Werte, die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Freiheit, die Demokratie. Das verbindet uns und es muss uns in aller Zukunft in Europa verbinden, weil dies etwas ist, was uns in unserer Generation geschenkt wurde. So etwas hat es vorher niemals gegeben, dass die Menschen in einer so großen Gemeinschaft wie der Europäischen Union in Frieden, Freiheit, Demokratie und in einer Rechtsordnung leben. Das ist die größte Errungenschaft, die wir als Deutsche und Europäer in unserer langen Geschichte haben.

Wir dürfen auch nicht vergessen, welchen Weg die Menschen gegangen sind: 17. Juni 1953, der Niederschlagung des Aufstandes in dem Teil Deutschlands, der sich Deutsche Demokratische Republik nannte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP

VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

Er war weder demokratisch noch Republik. Dann 1956 der Aufstand in Ungarn. 1968 der Prager Frühling und dann in den 80er Jahren die Militärregierung in Polen.

In Erinnerung an die Römischen Verträge von 1957 unterschrieben die damaligen Präsidenten der europäischen Institutionen, Bundeskanzlerin Angela Merkel als Präsidentin des Europäischen Rates, José Manuel Durão Barroso als Präsident der Europäischen Kommission und ich für das Europäische Parlament am 25. März 2007 die Berliner Erklärung. Darin heißt es – und das sollten wir niemals vergessen: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“ Wir sind zu unserem Glück vereint in Deutschland und in der Europäischen Union. Dies sollten wir bei allen Beschwernissen, die es immer wieder in der Geschichte gibt, niemals vergessen.

Gehen wir noch einmal zurück zu Helmut Kohl. Es war eine wegweisende Entscheidung von ihm, dass er am 28. November 1989 das 10-Punkte-Programm, das zur Einheit Deutschlands führen sollte, formuliert hat. Unter Punkt 6 stellte er klar: „Der deutsche Einheitsprozess ist in die gesamteuropäische Entwicklung einzubetten. Ein neues Deutschland muss von seiner Architektur her in den europäischen Kontext passen. Ein vereintes Deutschland ist ein Zeichen für die Vereinigung Europas.“

Welch weise Worte, nicht wissend, was kommen sollte. Am 28. November 1989 vorgetragen vor dem Deutschen Bundestag, wenige Wochen nach dem Fall der Mauer. Dieses 10-Punkte-Programm eröffnete die Perspektive zur Einheit Deutschlands in einem europäischen Rahmen. Der Weg, den Helmut Kohl dorthin wählte, war nachweislich der richtige. Es war ein deutscher Weg, es war ein europäischer Weg und es war die Leistung eines Staatsmannes.

Der Artikel 23 Grundgesetz, ich sagte es bereits, ermöglichte uns staatsrechtlich die Einheit unseres Vaterlandes und die Mitgliedschaft in den europäischen und internationalen Organisationen.

Heute haben wir einen neuen Artikel 23 Grundgesetz der uns auffordert, bei der

Verwirklichung des vereinten Europas mitzuwirken. Ich möchte Ihnen diesen neuen Artikel 23 Grundgesetz einmal – nicht in allen Punkten, sondern nur den ersten Absatz – vortragen: „Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im Wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen.“

Bereits in der Präambel des Grundgesetzes von 1949 heißt es: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk Kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt, dieses Grundgesetz gegeben.“

Wir hören heute gelegentlich, das Grundgesetz stoße an seine Grenzen, was die Einigung Europas angeht. Nein, die Verfassung stößt nicht an ihre Grenzen, sondern es ist ein Auftrag unseres Grundgesetzes an der Einigung unseres Kontinentes entschlossen mitzuwirken. Es ist ein Verfassungsauftrag! Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes hätten sich nicht vorstellen können, dass es einmal solche Äußerungen geben würde.

Konrad Adenauer wusste, dass es ohne die europäische Einigung keine Wiedervereinigung Deutschlands geben würde. Er sagte, dass es „keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung als [...] durch die europäische Integration [...]“ gibt. Die Deutschlandpolitik und die Europapolitik waren daher für ihn untrennbar miteinander verbunden.

Er sagte: „Es wäre absolut falsch zu sagen, dass wir die Einigung Europas als einen [...] Ersatz für die Wiedervereinigung ansehen. Einmal ist und bleibt die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit oberstes Ziel der deutschen Politik. Dann ist uns die Verwirk-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

lichung des Europagedankens auch ein Mittel zur Erreichung unseres Zwecks. Zum Dritten stehe ich auch heute noch auf dem Standpunkt, dass die Einigung unseres Kontinents um Europa selbst willen zustande kommen muss, weil es für Europa einfach eine Existenzfrage ist.“

Konrad Adenauer hat die Grundlagen für die Rückkehr Deutschlands in die freie Welt gelegt. Und Helmut Kohl hat diese Grundlagen nach über vier Jahrzehnten mit Erfolg genutzt.

Gemäß der Konzeption Konrad Adenauers, die Einheit Deutschlands über die Einheit Europas zu erreichen, galt für Helmut Kohl stets: „Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.“

Wir müssen jetzt an der inneren Einheit unseres Vaterlandes weiterarbeiten und uns den Aufgaben, die in der Europäischen Union auf uns warten, zuwenden. Wir dürfen dabei keinen Zweifel daran lassen, dass wir europäische Lösungen wollen!

Wir stehen mit der Verschuldungskrise – es ist keine Eurokrise, sondern es ist eine Verschuldungskrise einiger Länder, die Auswirkungen auf den Euro hat – vor gewaltigen Herausforderungen. Jean Monnet, mit Helmut Kohl der einzige Ehrenbürger Europas, hat einmal gesagt: „Europa wird in Krisen geschmiedet werden. Europa wird das Ergebnis der Lösungen sein, die wir für diese Krisen finden.“

Schauen wir einmal nach Griechenland. Ich plädiere nachdrücklich dafür, dass wir dies mit Respekt tun – dass wir Griechenland und den Griechen mit Respekt begegnen! Ich persönlich bin zu meinen griechischen Kolleginnen und Kollegen jetzt noch freundlicher, als ich es ohnehin bin, weil ich spüre, dass die griechischen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament auch psychologisch darunter leiden, wie manchmal über Griechenland gesprochen wird.

Ich habe nicht nur kein Verständnis dafür, sondern kritisiere es auf das Schärfste, wenn ein deutscher Landesminister sagt,

man müsse an Griechenland „ein Exempel statuieren“. So etwas darf ein deutscher Landesminister nicht sagen! Schlimmer noch, wenn dann hinzugefügt wird, man müsse wie an der Bergwand „das Seil kapfen“. Dies ist eine widerwärtige Sprache, die von keinem Politiker, schon gar nicht von einem deutschen Politiker gebraucht werden sollte!

Als Deutsche können wir einen großen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten. Der polnische Außenminister Sikorski hat Deutschland aufgefordert zu handeln – auch in gewisser Weise Führung zu übernehmen. Seiner Ansicht nach ist es viel schlimmer, wenn Deutschland nicht führt und sich nicht verantwortlich fühlt, als wenn Deutschland führt.

Aber wir müssen es in einer verantwortbaren Weise tun. Wir dürfen niemals den Eindruck erwecken, als würden Deutschland und wenige sogenannte „größere Länder“ die Europäische Union dominieren. Alle Länder der Europäischen Union, alle Völker der Europäischen Union, haben ihre Würde.

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass im Jahr 2003 Frankreich und Deutschland die Stabilitätskriterien von Maastricht gebrochen haben und dann alles getan haben, um zu verhindern, dass die Europäische Kommission Berlin und Paris den Blauen Brief schickt. Es ist also unbedingt angeraten, dass wir uns auch in unserer Sprache den Problemen in verantwortlicher Weise stellen.

Ohne Zweifel haben einige Länder über ihre Verhältnisse gelebt. Deswegen führt auch kein Weg daran vorbei, dass die Haushalte in Ordnung gebracht und die Defizite abgebaut werden. Die politische Kunst besteht darin, gleichzeitig den Völkern, in diesem Fall besonders Griechenland, die Chance für Wirtschaftswachstum zu geben. Dabei ist es gut, wenn man sich an unsere Grundsätze erinnert.

Es war ein großer Erfolg – auch für Deutschland und seine Überzeugungen –, dass es gelungen ist, im Vertrag von Lissabon die wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

als das Wirtschaftsprinzip der Europäischen Union zu verankern. In den fünfziger oder sechziger Jahren wäre es nicht möglich gewesen, ein deutsches Modell in einen europäischen Vertrag zu bringen. Umso mehr sollten wir jetzt auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft handeln.

Konkret bedeutet das, die Prinzipien von Eigenverantwortung, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit des Wirtschaftens sowie eine Geldpolitik, die sich am Gebot der Geldwertstabilität orientiert, in den Mittelpunkt zu rücken und als Eckpfeiler der Wirtschaft und Finanzordnung zu begreifen.

Es ist richtig und wichtig, dass wir den Fiskalpakt haben. Es muss aber eine bessere Bankenaufsicht geben. Es darf nicht so sein, dass bei Bankenpleiten der Staat – und damit der Steuerzahler – aufkommen muss, wohingegen wenn es Gewinne gibt, erneut Boni ausgeteilt werden. Hier brauchen wir auch eine bessere Moral im gesamten Finanz- und Bankensektor!

Wir brauchen europäische Lösungen. Ich bin überzeugt, dass unsere Bundeskanzlerin mit ihrer auch durch die Naturwissenschaften geprägten Logik Schritt für Schritt und damit überschaubar den richtigen Weg geht. Und dieser Weg, das hat Angela Merkel immer wieder mit Entschiedenheit deutlich gemacht, kann nur ein europäischer sein.

Natürlich müssen wir versuchen, diese Politik den Bürgerinnen und Bürgern noch besser zu erklären. Vor allem müssen wir unsere Anstrengungen vergrößern, mehr Menschen, breitere Schichten zu erreichen. In diesem Kontext müssen aber auch die Medien eine Verantwortung übernehmen, denn ohne die Menschen können wir diesen europäischen Weg nur schwerlich gehen.

Vor allem empfehle ich uns, dass wir uns immer wieder bewusst machen: Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und aus diesen Werten ergeben sich in der Regel auch die Antworten. Das bedeutet zum Beispiel, dass Griechenland und andere Länder ihre Haushalte in Ordnung bringen. Gleichzeitig bedeutet es dann aber auch – und

dies ist dann die andere Seite derselben Medaille –, dass wir Solidarität üben.

Im Grunde genommen ist es wie in einer Familie: Wenn jemand sich schlecht verhält, seien es die Eltern, seien es die Kinder, dann schließt man nicht gleich jemanden aus, sondern man redet darüber und korrigiert sein Verhalten und bleibt zusammen. So sollte es auch in der Europäischen Union sein!

Lassen Sie uns neben der Betrachtung der uns verbindenden Werte in der Europäischen Union – dies steht für mich zweifelsfrei an oberster Stelle – auch einmal auf das Materielle schauen.

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso wies vor Kurzem in Berlin darauf hin, dass Deutschland im Jahre 2010 mehr Waren in die Niederlande als nach China ausfuhrte, mehr nach Frankreich als in die USA, mehr nach Polen als nach Russland, mehr nach Spanien als nach Brasilien, mehr nach Ungarn als nach Indien. Deutschlands Ausfuhren in die Europäische Union waren fast fünf Mal so hoch, wie die in die BRIC-Länder – Brasilien, Russland, Indien, China – und die Einfuhren aus diesen Ländern betragen gerade einmal 20 Prozent der Einfuhren aus den EU-Staaten.

Das ist die Realität! Und ich würde mir wünschen, dass mancher Kritiker, wenn wir finanzielle Hilfe geben, auch einmal darauf hinweist, welch gewaltigen Vorteil die Bundesrepublik Deutschland dadurch hat, dass wir den freien Warenverkehr in der Europäischen Union haben. Auch das gehört nämlich zur Wahrheit dazu!

Ich möchte mich zwei letzten Gedanken zuwenden. 1950 betrug der Anteil der europäischen Bevölkerung – europäisch bis zum Ural – an der Weltbevölkerung 21 Prozent. 2010 sind es noch 10,6 Prozent. 2050, wenn die demografische Entwicklung so weitergeht, werden die Europäer, also nicht nur die Europäische Union, sondern bis zum Ural einschließlich des westlichen Teils Russlands, noch 7,43 Prozent sein und der Anteil der Deutschen 0,76 Prozent.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

Vor diesem Hintergrund frage ich: Wie anders – wenn überhaupt – denn als Europäer können wir unsere Werte und Interessen in der Welt vertreten? Auch dieses muss man immer berücksichtigen, wenn wir über die Herausforderungen des Tages nachdenken. Denn man kann schnell vieles zerstören – wie einen Baum, der über Jahrzehnte, gar Jahrhunderte gewachsen ist, den man aber innerhalb weniger Minuten mit einer Säge fällen kann –, was langfristige Bedeutung und Auswirkung hat. Gerade deswegen empfehle ich uns, dass wir auch diese Gesamtbetrachtung immer in unsere Überlegungen einbeziehen.

Wir haben die Verschuldenskrise. Wir müssen die internationalen Finanzmärkte bändigen. Wir haben die Entwicklungen in der arabischen Welt. Wir haben den Klimawandel. Wir müssen unsere Energieversorgung sichern. Es gibt den internationalen Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die grenzüberschreitende Kriminalität. All dies sind Zukunftsaufgaben von europäischer und globaler Dimension. Nur gemeinsam können wir unsere Sicherheit bewahren.

Ich sprach eben einmal von der Demut. Aber wir brauchen auch Selbstbewusstsein. Schauen wir einmal über die Europäische Union hinaus. Ich hatte vor einem Jahr in Moskau ein Gespräch mit einem ehemaligen Ministerpräsidenten, der mir sagte, Russland wäre froh, die Probleme der Europäischen Union zu haben. „Ihr kriegt das mit dem Euro schon irgendwie hin. Aber die Probleme Russlands sind gewaltig.“

Oder schauen Sie nach China; die große Zerreißprobe in der Kommunistischen Partei; die gewaltigen Gegensätze zwischen Arm und Reich. Von der Not und dem Elend vieler Länder in Afrika gar nicht zu sprechen.

Oder schauen Sie einmal in diesen Tagen in die Vereinigten Staaten von Amerika. Ich finde es erschreckend, dass heute nicht alle Amerikaner mehr „my President“ sagen, sondern dass der Präsident – bei aller parteipolitischen Kontroverse – als jemand dargestellt wird, der nicht mehr das ganze

Land repräsentiert. Das ist eine neue Erfahrung in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Amerikaner waren immer stolz darauf, dass sie sich hinter ihrem Präsidenten vereinigen konnten. Man kann sich nur wünschen, dass die Demokratische Partei und die Republikanische Partei wieder zu dieser Einheit im Bewusstsein, gemeinsam Amerikaner zu sein, zurückfinden und dass der jeweils gewählte Präsident die Vereinigten Staaten von Amerika vertritt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen, dass niemand Deutschland bei der Einheit unseres Vaterlandes so unterstützt hat, wie Präsident George Bush sen. Wir sollten den Amerikanern niemals vergessen, dass sie 1989/90 an unserer Seite standen.

Wir sollten auch niemals vergessen, dass Michail Gorbatschow, der damalige Generalsekretär der KPdSU und Präsident der Sowjetunion anders als 1953, 1956 und 1968 nicht die Panzerrollen lassen, sondern den Freiheitswillen der Menschen sich hat entwickeln lassen.

Wir wissen, dass es manche Irritationen gab während des deutschen Einigungsprozesses. Übrigens nicht nur bei der Eisernen Lady. Es gab im Süden Europas einen Ministerpräsidenten, der sagte, er liebe Deutschland so, dass er gern zwei davon hätte. Vielleicht eine etwas karikierende Form der Betrachtung.

Aber ich möchte Ihnen auch sagen – und dieses gehört zu den schönsten Erfahrungen meiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament: 1989/90 hat es im Europäischen Parlament keinen wirklichen Widerspruch gegen die Einheit Deutschlands gegeben, weil die Einheit Deutschlands nicht verstanden wurde als etwas Nationales, sondern als die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des gesamten deutschen Volkes. Dies wiederum hat etwas zu tun mit den Werten, die uns in der Europäischen Union verbinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

PRÄSIDENT DES

EUROPÄISCHEN

PARLAMENTS A.D.

3. Oktober 2012

www.kas.de

Ich bin fest davon überzeugt, dass es gut und wichtig ist, an einem solchen Tag wie heute, dem Tag der Deutschen Einheit, ein Bewusstsein dafür zu haben, welches unsere politische Identität ist.

Die meisten von Ihnen leben in dieser wunderbaren Bundesstadt Bonn, wo ich studieren durfte. Das Rheinland ist Ihre Heimat. Dann sind wir eingebunden in unsere Länder. Sie leben hier Nordrhein-Westfalen, ich komme aus dem schönen Niedersachsen. Dann sind wir Deutsche. Die deutsche Staatsangehörigkeit vermittelt uns die Bürgerschaft der Europäischen Union. Darüber hinaus haben wir Verantwortung für die Welt.

Wer nur seine Heimat sieht, der wird sie nicht schützen. Wer sein Vaterland über alle Nationen stellt, wird zum Nationalisten und Nationalismus führt zum Krieg. Wer nur als Europäer empfindet, der hat keine Wurzeln. Deswegen gehört es zusammen: Heimat, deutsches Vaterland, Europäische Union und Verantwortung für die Welt!

Wenn wir in diesem Bewusstsein heute und in Zukunft den Tag der Deutschen Einheit begehen, dann bin ich überzeugt, wird Deutschland einen guten Weg durch dieses 21. Jahrhundert weitergehen.